

**ANFRAGE** von Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Nadia Koch (GLP, Rümlang) Patricia Bernet (SP, Uster) und Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf)

Betreffend        Sonderschulplätze

---

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulstatus ist im Kanton Zürich in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig wird deutlich, dass anerkannte Sonderschulplätze nicht in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Gemeinden sehen sich deshalb zunehmend gezwungen, Kinder in private Einrichtungen zu platzieren, obwohl diese ursprünglich als Ausnahme gedacht waren. Gemäss aktuellen Erhebungen wird inzwischen ein erheblicher Teil der separiert geschulten Kinder ausserhalb staatlich anerkannter Sonderschulen unterrichtet.

Dadurch entsteht ein strukturelles Spannungsfeld: Die Gemeinden tragen die gesetzliche Verantwortung, jedem Kind rasch eine angemessene Schulung und Förderung zu ermöglichen. Der Kanton wiederum steuert die anerkannten Sonderschulangebote, setzt Qualitätsvorgaben und plant die Kapazitäten. Fehlen Plätze, müssen Gemeinden jedoch unmittelbar handeln. Dies führt dazu, dass Gemeinden aus pragmatischen Gründen auf private Angebote ausweichen oder eigene Sonderschulen etablieren.

Es kann nicht sein, dass Gemeinden zwar die Verantwortung für eine angemessene Beschulung tragen, bei fehlenden kantonalen Kapazitäten jedoch mit den organisatorischen und finanziellen Folgen auf sich gestellt sind.

Die Situation wirft grundlegende Fragen zur Versorgungsplanung, Verantwortungsteilung und Kostenverteilung auf.

Daher bitten wir die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zur Anzahl Schülerinnen und Schüler vor, die in den letzten fünf Jahren nicht innert nützlicher Frist in einer anerkannten Sonderschule platziert werden konnten?

Falls keine systematische Datenerhebung erfolgt: weshalb nicht, und wie stellt der Regierungsrat dennoch eine bedarfsgerechte Steuerung sicher?

2. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zu regionalen Unterschieden bei der Verfügbarkeit von Sonderschulplätzen vor? Wie stellt der Kanton fest, ob Schülerinnen und Schüler regional unterschiedlich lange auf eine geeignete Platzierung warten müssen, und welche Regionen weisen besondere Versorgungsengpässe auf?
3. Wie viele separierte Sonderschülerinnen und -schüler haben derzeit einen Platz in einer anerkannten Sonderschule und wie viele Schülerinnen und Schüler sind in privaten Einrichtungen/Schulen?
4. Nach welchen Kriterien beurteilt der Kanton die Qualität privater Sonderschulangebote?
5. Welche Rahmenbedingen werden für die neu als Sonderschulen anerkannten Privatschulen gelten? Werden sie Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssen?
6. Werden die Plätze an den Privatschulen neu und fix in die Bedarfsplanung eingerechnet?
7. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zu den durchschnittlichen Kosten pro Kind in unterschiedlichen sonderpädagogischen Settings vor (anerkannte Sonderschule,

integrierte Beschulung, Privatschulung, Einzelschulung)? Welche Kostenbestandteile werden kantonal erfasst und wo bestehen Datenlücken?

8. Wie viele Plätze stehen in anerkannten Sonderschulungen im Kanton Zürich in den Bereichen Sonderschultyp A, B, C zur Verfügung?
9. Wie hoch ist der Belegungsgrad / die Auslastung der anerkannten Sonderschulung nach Sonderschultyp und Bezirk?
10. Wie beurteilt der Kanton die Korrelation zwischen der Sonderschuldichte pro Bezirk mit Zuzüglern (sog. Puffereffekt)?
11. Welche Massnahmen sieht der Kanton vor, um sicherzustellen, dass für alle Kinder mit separiertem Sonderschulbedarf ein Platz in einer anerkannten Sonderschule zur Verfügung steht?
12. Welche zusätzlichen Kapazitäten sind geplant?

Andrea Grossen-Aerni  
Barbara Franzen  
Nadia Koch  
Patricia Bernet  
Priska Hänni-Mathis